

Brief aus Berlin



Der neue Schattenhaushalt der Ampel ist nicht zielführend

Als „Doppel-Wumms“ hat der Bundeskanzler das neue 200 Milliarden Euro-Paket gegen die steigenden Energiepreise in gewohnter Rhetorik tituliert. Die Ampelfraktionen haben am 21. Oktober diesen sogenannten Abwehrschirm gegen die Stimmen der Union beschlossen.

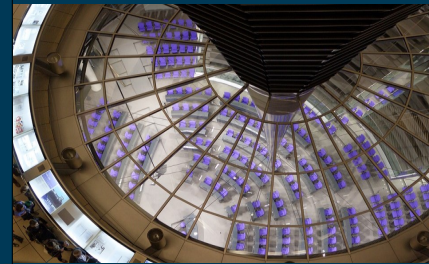
Für mich kommt es nicht infrage, weitere pauschale Schuldenaufnahmen in dieser Dimension zu genehmigen, noch dazu außerhalb des regulären Bundeshaushalts. Auch der Bundesrechnungshof kritisierte bereits die vorgesehene Nutzungsdauer bis 2024, denn das widerspricht dem Grundsatz der Jährlichkeit. Was seitens der Regierung hier angekündigt wird, ist in Wahrheit ein Kredit zulasten der Steuerzahler und der kommenden Generationen. Zudem ist noch gar nicht klar, wohin die Mittel fließen sollen. Wir als Unionsfraktion lehnen das ausdrücklich ab und haben mit einem eigenen Entschließungsantrag die mittelfristige Laufzeitverlängerung der drei Atomkraftwerke eingefordert, um über diesen Weg die Strom- und Energiekosten zu senken.

Überdies gehen im Ringen um die Laufzeitverlängerung die Meinungen innerhalb der Regierungskoalition jetzt so weit auseinander, dass Herr Scholz erstmals auf seine Richtlinienkompetenz zurückgreifen musste. Dieses Kanzler-Machtwort bündigt vielleicht kurzfristig den Streit innerhalb des Kabinetts, aber es löst nicht das Stromproblem. Das ist ein weiteres Indiz dafür, dass die Regierungsparteien die Probleme zwar mit Geld überschütten, aber keine lösungsorientierten Ansätze bringen, wie die CDU/CSU es in ihren parlamentarischen Initiativen fortlaufend vorschlägt.

Diese Woche:

Seite 2

Themen im Bundestag



Seite 3

Rainer trifft...





Themen im Bundestag

200 Milliarden Euro Abweherschirm gegen gestiegene Gas- und Strompreise



Die Abgeordneten der Ampelfraktionen haben einen „Abweherschirm“ in Höhe von 200 Milliarden Euro beschlossen. Mit dem Gesetzentwurf „Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes zur Reaktivierung und Neuausrichtung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds“ will die Regierung den Auswirkungen der gestiegenen Gas- und Strompreise begegnen.

Die Unionsfraktion hat in dieser Sache dagegen gestimmt, denn wir halten diese Art der Finanzierungsmethode für fragwürdig. Anstatt so eine große Summe ordentlich in einem Nachtragshaushalt zu verbuchen, fährt die Ampel ein Umgehungsmanöver mit einem pauschalen Kredit, für den der genaue Verwendungszweck noch gar nicht klar ist.

Ein klares Konzept hat die CDU/CSU mit einem Entschließungsantrag vorgelegt. Darin wird gefordert, alle vorhandenen Potenziale zur Stärkung der Angebotsseite zu nutzen und zu diesem Zweck unter anderem die drei noch im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke mindestens bis zum 31. Dezember 2024 weiter zu betreiben, um das Stromangebot zu erhöhen und den Strompreis zu senken.

Mit diesem Weg würden die Probleme an der Wurzel gepackt und vor allem zukünftige Generationen vor noch mehr Schulden geschont werden — leider lehnt die Koalition dies ab.

Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Irak



Mit dem Antrag der Bundesregierung und der dazugehörigen Debatte im Plenum wurde über die Fortsetzung des Bundeswehreinsatzes im Irak bis zum 31. Oktober 2023 entschieden. Der Bundestag hat am Freitag, 21. Oktober 2022, der weiteren Beteiligung der Bundeswehr bis Ende Oktober 2023 zugestimmt.

Die Unionsfraktion hat diesen Antrag unterstützt und geschlossen für die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes gestimmt. Hiermit soll das erneute Erstarken des sogenannten Islamischen Staates verhindert und die Versöhnung der Konfliktparteien Irak und Syrien gefördert werden.

Vorgesehen ist die Entsendung von wie bisher bis zu 500 Bundeswehrsoldaten, die die regulären irakischen Streit- und Sicherheitskräfte ausbilden und beraten und unter anderem Aufgaben wie Lufttransport, See- und Luftraumüberwachung sowie Aufklärung und Lagebilderstellung übernehmen sollen.

Studenten und Fachschüler jetzt in der Krise unterstützen



Die Bundesregierung hat Studenten und Fachschüler in der aktuellen Krise bisher im Regen stehen lassen. Zuerst wurden sie schlicht vergessen. Dann wurde mit dem Entlastungspaket III zwar eine Einmalzahlung von 200 Euro zugesagt, die Abwicklung zieht sich aber weiter hin. Mit unserem Antrag **Studenten und Fachschüler jetzt in der Krise unterstützen – 200 Euro Zuschuss zügig auszahlen** erhöhen wir den Druck auf die Bundesregierung, endlich zu handeln.



Rainer trifft...



... die Abschlussklasse der Fachoberschule Regen

Auf der Berlinfahrt stand für die Abschlussklasse der Fachoberschule Regen auch ein Gespräch mit mir auf dem Programm.

Ich freue mich, dass die Schülerinnen und Schüler vielseitig interessiert waren, Fragen gestellt und mit mir über Politik diskutiert haben.

(Foto: DBT/ Inga Haar)



... eine BPA-Besuchergruppe auf Informationsfahrt

Eine Gruppe politisch interessierter Bürger aus meiner Heimat verbrachte auf meine Einladung und der des Bundespresseamtes vier Tage in Berlin. Im Bundestag habe ich die Gruppe zu einer netten Diskussionsrunde getroffen.

(Foto: Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie)



... Vertreter des ADAC Südbayern

Im Gespräch mit Herrn Dr. Ennser und Herrn Sensburg haben wir uns über die Zukunft der Mobilität unterhalten. Danke für den interessanten Austausch.



... die Teambank AG

Mit Christian Polenz von der Teambank AG sprach ich über die Herausforderungen, die die Banken angesichts der aktuellen Inflation, der russischen Invasion in der Ukraine sowie der EU-Taxonomie zu bewältigen haben. Vielen Dank für das angenehme Gespräch.



Für Sie erreichbar...

in Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 77420
E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:
Schulstraße 1
94353 Haibach
Telefon: 09963 / 943 9494
E-Mail: alois.rainer.wk@bundestag.de